## Der Politik eingeheizt

Die südamerikanischen Rythmen waren schon von weitem zu hören. Die Trommelklänge drangen sicher auch bis in das Bundeskanzleramt, wo an diesem 12. November 2002 im zuständigen Ausschuss über das geplante Vorschaltgesetz von Frau Ulla Schmidt beraten wurde. Und das war gewollt. Denn rund 15.000 Menschen aus allen Bereichen der Heilberufe liefen am Brandenburger Tor Sturm gegen die Kostendämpfungsmaßnahmen zu Lasten von Patienten und Angestellten im Gesundheitswesen. Mit Transparenten und Spruchbändern brachten sie ihre Meinung zum Ausdruck. Zahlreiche Vertreter der Heilberufe unterstiitzten die Demonstranten von der Bijhne aus. Jörg Robbers von der Deutschen Krankenhausgesellschaft sieht in der Rot-Grünen Strategie "eine Lüge gegenüber allen Wählern. Denn kein Patient und kein Arzt hat diese Regierung gewählt, damit sie als erstes Leistungen kürzt und die Versorgung verschlechtert". Er forderte zu wirksamen Strukturreformen auf. Auch Herr Dr. Richter-Reichhelm von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung sieht in der Null-Runde und dem Einfrieren der ärztlichen Vergütung vor allem den "Verlust von einer Vielzahl an Arbeitsplätzen im Gesundheitssystem. Die Jobmaschine Gesundheitswesen wird von der Politik abgewürgt, Pflegekräfte werden entlassen und Ärzte werden weiter ausgebeutet".



15.000 Demonstranten waren zur Kundgebung nach Berlin gekommen.

Trillerpfeifen und Rasseln unterstützen die Redner. Auch einzelne Bundestagsabgeordnete wurden in den Reihen gesichtet. So zum Beispiel Herr Dr. Thomae von der FDP. Zur Kundgebung aufgerufen hatte das Bündnis Gesundheit 2000, nachdem die Sparpläne von der Bundesregierung bekannt geworden waren. In diesem Bündnis sind 38 Leistungserbringer der Heilberufe zusammengeschlossen. Die Sächsische Landesärztekammer und das Sächsische Bündnis Gesundheit 2000 hat

die Kundgebung unterstützt. Zahlreiche Vertreter aus Sachsen waren ebenfalls nach Berlin gereist. Es ist zu hoffen, dass die Forderungen nicht ungehört verhallen. Noch ist ein Umdenken möglich. Um den Druck auf die Politik aufrecht zu erhalten, wird es in Dresden einen Aktionstag gegen den Ausverkauf des Gesundheitswesens geben. Seien Sie dabei!

kö

Ärzteblatt Sachsen 12/2002